



«Die Schuldenbremse ist ein Geschäft, das uns wie ein Gespenst verfolgen wird.»

BEAT ZÜSLI,
SP, LUZERN



«Das ist ein Not-Budget. Wir müssen mindestens ein Auge zudrücken.»

ADRIAN BÜHLER,
CVP, ESCHENBACH



«Auch Ärzte müssen selber für Nachwuchs sorgen. Das können die Grafiker auch.»

MARCEL SCHWERZMANN,
FINANZDIREKTOR



«Die CVP ist unzufrieden. Sie hat aber zwei Vertreter in der Regierung.»

MARCEL ZIMMERMANN,
SVP, HORW

Budget-Seiltanz wegen Schuldenbremse

LUZERN Heute berät der Kantonsrat das Budget 2016. Ob es genehmigt wird, hängt von der Kompromissbereitschaft der Parteien ab. Diese war beim Finanzplan tief.

ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Die Willisauer-Ringli auf den Pulten der Kantonsräte haben es angedeutet. «Wenn das Harte aufgelöst ist, wird es süss», erklärte Ratspräsident **Franz Wüest** (CVP, Ettiswil) gestern – und hoffte, diese Symbolik treffe auch auf die anstehende Debatte zu. Zumindest für gestern blieb das politische Gebäck aber steinhart: Über den Voranschlag 2016 wird heute Dienstag beraten. Gestern immerhin kauten die Parlamentarier den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 bis auf wenige Krümel durch. Die Debatte lieferte einerseits Rückschlüsse über das kommende Sparpaket namens Konsolidierungsprogramm 17, welches nächsten Sommer präsentiert wird. Andererseits boten die Wortgefechte einen Vorgeschmack auf das Budget. Dieses wird zu einem gefährlichen Seiltanz mit ungewissem Ausgang. Denn: Die Schuldenbremse erlaubt ein maximales Defizit von 25,4 Millionen Franken, die Regierung rechnet im Budget 2016 mit einem Minus von 19,8 Millionen.

Keine Zwangsferien ab 2017

Konkret haben die Parlamentarier gestern einige Anträge für den AFP gutgeheissen, die Auswirkungen in folgenden Bereichen haben:

- **Bildung:** Auf die Zwangsferienwoche wird in den Jahren 2017 bis 2019 verzichtet. Der Rat hiess einen entsprechenden Antrag von **Marcel Budmiger** (SP, Luzern) mit 59 zu 46 Stimmen gut. Ebenfalls entgegen der regierungsrätlichen Pläne hielt der Rat nichts von einer Erhöhung des Schulgeldes bei Gymischiilern: Der Antrag von **Jacqueline Mennel** (SP, Emmenbrücke) wurde knapp mit 57 zu 53 Stimmen gutgeheissen. Dasselbe gilt auch beim Schulgeld im Berufs- und Weiterbildungsbe- reich. Auch die CVP stellte sich mit einem Antrag erfolgreich gegen die Sparpläne in der Bildung: Die Subventionen für den freiwilligen Instrumentalunterricht bleiben unangetastet – dies wünschten **Inge Lichtsteiner** (CVP, Egolzwil) und 59 weitere Kantonsräte, 52 Parlamentarier sahen es anders. Was die drohende Schliessung der Fachklasse Grafik betrifft: Diese dürfte vom Tisch sein. Der Rat rang sich lediglich dazu durch, dass im Rahmen des Konsolidierungsprogramms nächstes Jahr Alternativen zur Finanzierung geprüft werden.

- **Polizei:** Behält der Kantonsrat seine Linie im Bereich der öffentlichen Sicher-



Der Luzerner Regierungsrat Paul Winiker (SVP) erholte sich gestern während der Mittagspause in der Allmend-Sporthalle «seiltanzend» von der Budgetdebatte – dies zusammen mit verschiedenen Kantonsräten an einem Anlass der Pädagogischen Hochschule Luzern, Fachbereich Bewegung und Sport.

Bild Nadia Schärli

heit bei, wird die von der Regierung beabsichtigte Streichung von Polizeipatrouillen heute gekippt. Das Parlament überliess gestern nämlich eine Bemerkung zum AFP, in der es heisst, dass die polizeilichen Leistungen ab 2017 nicht gekürzt werden dürfen. Der Entscheid fiel mit 58 zu 49 Stimmen relativ knapp aus.

- **Strafanstalten:** Noch knapper entschied der Kantonsrat, dass die Regierung die Möglichkeit einer Auslagerung von Strafanstalten nicht verfolgen darf: Das Nein-Resultat zum Antrag der PFK lautete nach längerer Diskussion 58 gegen 56 Stimmen.

Weitere Bemerkungen zum AFP betreffen unter anderem den Stellenetat des Datenschutzbeauftragten: Nachdem er sich erst diesen Sommer über eine Stellenaufstockung von 90 auf 190 Prozent freuen durfte, ruderte das Parlament gestern zurück – und gab der Regierung den Auftrag, die Erhöhung des Stellenetats nochmals zu überprüfen. Auch das übrige Verwaltungspersonal muss noch zittern: Das Parlament befand, dass eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 42,5 Stunden oder das Abschaffen der Pausen (15 Minuten pro Halbtag) näher geprüft werden müsse. Ausserdem wird die bud-

getwirksame Steigerung des Personalaufwands 2018 und 2019 auf 0,5 Prozent eingefroren. Nicht weiter gekürzt wird indes bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen von Luzerner Kantonsspital und Psychiatrie. Ebenfalls ungekürzt bleiben ab 2018 die Budgeterhöhungen für den Luzerner Verkehrsverbund.

CVP will bei Personal kompensieren

Was sich in den vorherigen Schilde- rungen so trocken liest wie ein Willisauer-Ringli, ist das Resultat heisser Wortgefechte, die schon in der Eintretensdebatte ihren Anfang nahmen. **Marcel Omlin** (SVP, Rothenburg) sagte als Präsident der Planungs- und Finanzkommission zum Finanzplan: «Der AFP ist nicht Schuldenbremse-konform. Auch ein Radikalschnitt mit generellen Kürzungen beim Personalaufwand um 5 Prozent über die ganze Verwaltung ist nicht nachhaltig.» Genau diese generelle Kürzung hat aber die CVP als Kompensationsvorschlag für gekippte Sparmassnahmen ins Spiel gebracht. Diese wiederum sparte nicht mit Kritik am Regierungsrat. «Die CVP verurteilt verschiedene von der Regierung vorgeschlagene Schnellschüsse im Bereich der Bildung», sagte etwa **Yvonne Hunkeler** (CVP, Grosswangen).

Das wiederum rief bei der SVP juckende Irritationen hervor. «Die CVP fordert viel und ist unzufrieden mit der Regierung. Dabei stelle ich fest, dass zwei Regierungsräte CVP-Mitglied sind», holte **Marcel Zimmermann** aus (SVP,

Horw). Und er fügte hinzu: «Die Regierung macht es sich von der Kommunikation her selber schwer. Fast könnte man meinen, dass diese Kommunikation bewusst verwendet wird, damit nicht gespart werden muss.»

Bleibt Ratslinke linientreu?

Als Mahner tat sich **Damian Hunkeler** (FDP, Luzern) hervor: «Wenn wir am Schluss der Session hier hinausgehen ohne gesetzeskonformes Budget, erweisen wir unseren Bürgern einen Bärendienst.» Die Mahnung galt nicht nur der CVP, sondern auch den Ratslinken. Diese liessen sich aber von ihrem Weg nicht abbringen. **Beat Züsli** (SP, Luzern) machte nochmals deutlich, dass seine Partei den Voranschlag ablehnen werde. Auch **Michael Töngi** (Grüne, Kriens) erklärte namens seiner Fraktion, dass das Budget nur bewilligt werde, wenn grössere Abbaumassnahmen rückgängig gemacht werden. **Urs Brückler** (GLP, Meggen) wollte zwar unbedingt ein Budget, stellte dieses aber ins Verhältnis zum angekündigten Konsolidierungsprogramm, mit dem ab 2017 110 Millionen Franken pro Jahr gespart werden sollen.

Vor der Eintretensdebatte zum AFP hat das Parlament das Legislaturprogramm verabschiedet und damit der Förderung von Gemeindefusionen eine Absage erteilt (siehe Kasten).

HINWEIS

Einen Beitrag zur Demo vor der Spardebatte lesen Sie auf der folgenden Seite.



Gemeindefusionen sind vom Tisch

LEGISLATURPROGRAMM nus. «Der Kanton soll Gemeindefusionen strategisch nicht forcieren.» An diesem Satz, eingebracht von der Planungs- und Finanzkommission (PFK), als Bemerkung zum Legislaturprogramm bis 2019, entzündete sich gestern Morgen im Kantonsrat eine emotionale Diskussion. Das Parlament entschied sich dafür, diesen Satz im Legislaturprogramm festzuschreiben – mit 63 gegen 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Damit darf die Regierung Zusammenschlüsse von Gemeinden zumindest bis 2019 nicht mehr vorantreiben.

Gemeinden sind «fusionsmüde»

Stark für die überwiesene Bemerkung machten sich insbesondere Vertreter von CVP und SVP. So sagte etwa Guido Roos (CVP, Wolhusen): «Fusionen müssen von unten her wachsen und dürfen nicht von oben verordnet werden.» Unterstützung erhielt Roos von SVP-Sprecher Armin Hartmann. Der Gemeindevorstand von Schlierbach sagte, er stelle bei den Gemeinden «eine gewisse Fusionsmüdigkeit» fest. Eine aktive Förderung von Zusammenschlüssen sei zudem «respektlos gegenüber jenen Gemeinden, die sich in Abstimmungen gegen Fusionen ausgesprochen haben».

Das sahen die Vertreter von SP, Grünen und GLP komplett anders. «Befürworten wir die Bemerkung der PFK, käme das einem Denkverbot gleich», argumentierte Jörg Meyer (SP, Adligenswil). Auch Regierungsräsident Reto Wyss plädierte für die Möglichkeit, der Regierung eine strategische Förderung von Fusionen weiterhin zu ermöglichen – genauso erfolglos.